

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.11.2018

Als „unsäglichen Vorgang“ bezeichnete der AfD-Fraktionsvorsitzende der AfD im Römer, Rainer Rahn, dass die Koalitionsfraktion die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses 15 Minuten warten ließ und die Sitzung nicht beginnen konnte. Und dann mit einem Antrag konfrontierte, der Bezug nahm auf einen sechs Wochen alten Antrag. Der offensichtlich auch – wie man dem Antragstext entnehmen konnte – auf die Schnelle hingebastelt worden sei und der gleichfalls nicht habe erkennen lassen, was da eigentlich in Sachen Seenotrettung beschlossen werden sollte.



Auf den ideologisch verschwurbelten Unsinn von Herrn Martin Kliehm (Die Linke) im Zusammenhang mit der Linken-Frage zum Waffenschein von Herrn Khan mochte der AfD-Stadtverordnete Markus Fuchs gar nichts sagen. Aber zu den Fakten im Zusammenhang mit den Vorkommnissen im Wahlkampf. „Der aus Pakistan stammende Herr Khan ist erstens mal nicht Mitglied der Partei, sondern hat seine Tochter beim Wahlkampf unterstützt“, so Fuchs. Man könne ihn kritisch sehen, aber er sei berechtigt, eine Schusswaffe zu tragen, weil er auf der schwarzen Liste von Islamisten stehe und vor einigen Jahren auch diese Waffe schon einmal zum Schutz seines Lebens habe einsetzen müssen. „Zweitens hat Herr Khan nach seiner glaubwürdigen Aussage auch diesmal aus einer Notlage gehandelt. Er hat weder jemandem die Waffe an den Kopf gehalten, noch hat er die Waffe durchgeladen“, fuhr der AfD-Stadtverordnete fort. Beim angeblichen Opfer allerdings scheine es sich nicht um einen ganz normalen Bürger zu handeln. Sondern vielmehr, wie der FNP zu entnehmen war, um eine Person aus dem linksextremistisch-autonomen Umfeld. Diese habe Herrn Khan dabei mehrmals attackiert. „Herr Khan hat die Waffe dann beim zweiten Mal herausgezogen und ihn gewarnt. Wie der Staatsschutz ihm das entsprechend geraten hat. Nebenbei will ich drauf hinweisen, dass wir bei diesem Wahlkampf mehrere tätliche Übergriffe auf AfD-Wahlkämpfer in ganz Hessen hatten“, ergänzte Fuchs. Die Polizei sei nachweislich von einer Begleiterin des Herrn Khan angerufen worden. Bemerkenswerter Weise nicht vom angeblichen Opfer. „Die Schilderung dieses Vorfalls erschien kurz danach in der linksradikalen Jungen Welt, die mittlerweile eine Gegendarstellung drucken musste. Der taz liegt nach eigenen Angaben ein Video des Vorfalls vor, in dem sich aber weder die Behauptung, dem Opfer sei eine Waffe an den Kopf gehalten worden, noch die angeblichen Drohungen durch Herrn Khan finden lassen, sehr wohl aber die Drohungen und Beleidigungen durch das angebliche Opfer“, so der AfD-Stadtverordnete. Das angebliche Opfer habe weder die Polizei angerufen, noch die lokale Presse informiert. Es habe diesen angeblichen Vorfall ausgerechnet dem ehemaligen Zentralorgan der FDJ, der Jungen Welt, gemeldet. „Dass es sich hier also um eine ganz klare politische Kampagne linksextremer Kreise handelt, ist offensichtlich. Die Linke versucht hier mal wieder ihr typisches Spielchen von der Täter-Opfer-Umkehr durchzuziehen. Eine politische Schmierkomödie also. An der Wahrheit ist die Linke doch gar nicht interessiert!“, resümierte Fuchs.

### Informieren Sie sich.

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden  
der AfD-Fraktion im Römer.

AFD-Fraktion im Römer, Bethmannstr. 3, Frankfurt am Main

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.11.2018

Horst Reschke, ordnungs- und sicherheitspolitischer Sprecher der AfD im Römer, widmete sich dem Anliegen der FDP, den Veranstaltern von Mahnwachen vor der Beratungsstelle pro familia eine Entfernungsaufgabe zu stellen. „Im Versammlungsrecht ist es so, dass zum Gegenstand, wofür jemand sich versammelt, niemals gefragt wird“, so Reschke. „Sie können §1 des Versammlungsgesetzes so übersetzen, dass jeder Depp für jeden Blödsinn auf die Straße gehen darf. So kann man es sagen und dazu hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, ja, und weil das so ist, ist das Versammlungsrecht schlicht konstituierend für eine Demokratie“, erklärte der AfD-Stadtverordnete und ging weiter in die Tiefe: „Woher haben wir eigentlich so ein ausgefeiltes Versammlungsrecht, das ja im Grunde nur wenige Paragraphen hat, aber eine riesige Richterrechtsprechung geworden ist? Das kam von Seite der Linken, die Alles und Jedes beklagt haben. Jede Einschränkung ihres Demonstrationsrechts, jede Situation, wo ihnen gesagt wurde, ihr müsst aber ein paar Schritte zurückweichen“. Das wurde ausgeklagt. Deswegen haben wir eines der liberalsten Versammlungsrechte, die es gibt“, fuhr Reschke fort. Hier seien der Stadt und jedem anderen die Hände gebunden. Mahnwachen wollten ja nicht irgendwo stattfinden, sonst könne man sagen, die könnten sich auch in den Frankfurter Stadtwald stellen. Mahnwachen lebten davon, dass sie dort ihre Anschauungen zur Geltung brächten, wo sie eben hingehörten.

Das sei nun mal unmittelbar gegenüber den Gruppierungen, wo sie eine andere Meinung vertreten! „Ich würde dem Stadtrat empfehlen, geben Sie endlich diesem Gezerre nach, erlassen Sie eine Verfügung, in der ein Abstand von 150 Meter vorgeschrieben wird, damit endlich das passiert, was passieren wird: Das Frankfurter Verwaltungsgericht wird Ihnen diese Verfügung um die Ohren hauen. Dann werden wir vielleicht noch an das Oberverwaltungsgericht gehen. Aber spätestens dann wissen wir endgültig hier im Haus, der Herr Stadtrat ist auf der rechtlich sicheren Seite!“, schloss Reschke.



Die bürgerliche Alternative 

für Frankfurt am Main

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.11.2018

Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer, nahm Stellung dazu, dass der Frankfurter Kämmerer für 2019 mit einem Defizit von 164 Mio. Euro und auch danach mit Minusbeträgen rechnet. „Die Folge der jahrelangen defizitären Haushaltsführung ist, dass die Reserven gegen Null gehen und der Schuldenstand steigt“, sagte Rahn. „Und das, obwohl die Prognosegrundlage positiv ist. Herr Becker kalkuliert schließlich mit einer Zunahme der Gewerbesteuer, der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer – Wirtschaftswachstum vorausgesetzt, was eher unwahrscheinlich ist“, so der AfD-Fraktionschef. „Herr Becker erklärt, er will in Zukunft nicht nur geschehen lassen, sondern aktiv gestalten. Doch die Gestaltungsspielräume des Kämmerers sind sehr eng. Die werden sich künftig auf Null verengen. Der Kämmerer ist schließlich abhängig von der EU, dem Bund, dem Land - Stichwort kommunaler Finanzausgleich“, fuhr Rahn fort. Als ein Beispiel nannte er die Zuwanderung. Der Kämmerer müsse das umsetzen. Er hat die Kosten dafür zu tragen. Nicht Gestalter, sondern Ausführende, Befehlsempfänger. Der AfD-Fraktionsvorsitzende rief in Erinnerung, dass die Stadt an vielen Stellen auf Einnahmen verzichte, die ihr zustünden. Er erwähnte hier den Vertrag über die Nutzung öffentlicher Werbeflächen, die entgangenen Einkünfte im Zusammenhang mit der Immobilie „In der Au“, den Verzicht auf Pachteinahmen aus der Rennbahn als Beispiele. „Kleine Beträge zwar, die sich aber läppern“, so Rahn. Doch das Problem liege auf der Ausgabenseite, hier laufe Vieles unkontrolliert. „Zum Beispiel der jüngste Antrag, die Mehrkosten für eine Brücke zu tragen. Auch dieser kommt wie so häufig ohne jede Begründung!“, sagte der AfD-Fraktionschef. „Frankfurt fördert zudem zahllose Projekte, die nicht der Daseinsvorsorge dienen. Wie etwa das Prestigeprojekt Fußball EM. Das ist eine kommerzielle Veranstaltung, bei der es überhaupt keinen Grund gibt, dass die Stadt die Kosten übernimmt! Oder später dann der Kirchentag“, fuhr Rahn fort. Sein Fazit: Frankfurt gebe Geld aus, das die Stadt nicht habe. Und für Dinge, für die andere Städte nicht einmal dann Geld ausgeben würden, wenn sie es hätten. Der AfD-Fraktionsvorsitzende gab außerdem zu bedenken, dass die Bevölkerung in Frankfurt wachse. Allerdings nicht bei einem Personenkreis, der Steuern zahle. Unterdessen wanderten nachweislich Leistungsträger im Alter zwischen 30 und 50 Jahren ab. Und Rahn macht darauf aufmerksam, dass die AfD zahlreiche Anfragen zum Thema Flüchtlingskosten gestellt habe, die vom Magistrat auch gut beantwortet worden seien. „Aber in aller Regel vertraulich! Da darf ich nicht zitieren“, so Rahn. „Wenn man allerdings die Berichte liest, wird deutlich, weshalb der Magistrat dies so handhabt und nicht will, dass der Steuerzahler erfährt, welche Beträge für Zuwanderer ausgegeben werden.“ Auch seien viele zusätzlich geschaffenen Stellen überflüssig. „Das fängt bei den Dezernenten an. Die sind nicht nur überflüssig, sondern auch falsch besetzt, wie der Fall des Pannen-Schneiders\* deutlich zeigt“, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende.

\* Anm. d. Red.: Jan Schneider (CDU), Stadtrat, Bereiche: Bau und Immobilien, Bürgerservice und IT.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter: [www.stvv-frankfurt.de/parlis2/parlis.html](http://www.stvv-frankfurt.de/parlis2/parlis.html)

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin : **13. Dezember 2018**

Anmeldung unter: [einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de](mailto:einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de)

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:  
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: [info@afd-im-roemer.de](mailto:info@afd-im-roemer.de)  
Tel.: 069 - 212 46 222  
Internet: [www.afd-im-roemer.de](http://www.afd-im-roemer.de)

IMPRESSUM:

AFD-Fraktion im Römer  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)

**Alternative**  
für  
**Deutschland**